

## **Honorar- und Kostenreglement des Standesgerichts des Verbandes Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV)**

---

Das Standesgericht des Verbandes Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV) erlässt gestützt auf Art. 25 lit. d der Statuten i.V.m. Art. 18 der Standesregeln sowie gestützt auf Art. 37 der Verfahrensordnung folgendes Honorar- und Kostenreglement.

### **Art. 1 Grundlagen der Standesgerichtsgebühr**

Das Honorar der Mitglieder des Standesgerichts (Standesgerichtsgebühr) erfolgt nach Massgabe des nachstehenden Art. 2.

Das Standesgericht entscheidet über die Verteilung der Standesgerichtsgebühr unter den Mitgliedern des Standesgerichts.

Barauslagen der Mitglieder des Standesgerichts sowie alle zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendigen Kosten des Standesgerichts sind zusätzlich zu vergüten, sofern sie nicht von den Parteien direkt getragen werden.

### **Art. 2 Einzelheiten Standesgerichtsgebühr**

Die Standesgerichtsgebühr stellt die Entschädigung für die Tätigkeit des Standesgerichts ab dem Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens bis zur Rechtskraft des Standesgerichtsurteils, des Nichteintretens- oder Einstellungsentscheides dar.

Die Standesgebühr berechnet sich grundsätzlich nach dem notwendigen Zeitaufwand. Der Stundenansatz für einen Standesrichter beträgt CHF 450.--.

Die Standesgerichtsgebühr soll jedoch innerhalb des folgenden Gebührenrahmens festgelegt werden:

Die Honorare pro Standesgerichtsmitglied sollen in der Regel CHF 2'500.-- nicht überschreiten, das Honorar des Vorsitzenden soll in der Regel CHF 5'000.-- nicht überschreiten. Das Honorar des Instruktionsrichters soll in der Regel CHF 10'000.-- nicht überschreiten, und auch bei komplexeren Fällen soll die Obergrenze von CHF 20'000.-- nicht überschritten werden. Wenn ein umfangreicheres Beweisverfahren notwendig ist, kann sich das Honorar des Instruktionsrichters entsprechend erhöhen.

Wenn es die besonderen Umstände des Einzelfalls rechtfertigen, namentlich in Verfahren mit ausserordentlich umfangreichem Aktenmaterial, kann der vorerwähnte Gebührenrahmen unter Berücksichtigung des notwendigen Zeitaufwandes um höchstens einen Drittel überschritten werden.

Bei Verfahrenserledigung durch Vergleich, Rückzug oder Anerkennung ist der vorerwähnte Gebührenrahmen um einen Drittel herabzusetzen.

Das Standesgericht kann für die Berichtigung, Erläuterung oder Ergänzung seines Standesgerichtsurteils keine zusätzliche Entschädigung verlangen.

### **Art. 3 Festlegung der Entschädigung für die Kosten der Untersuchung**

Die Entschädigung für die Kosten des Untersuchungsbeauftragten berechnet sich grundsätzlich nach dem notwendigen Zeitaufwand. Der Stundenansatz für einen Untersuchungsbeauftragten richtet sich nach den lokalen Gegebenheiten.

Das Standesgericht legt die Entschädigung für die Kosten der Untersuchung zusammen mit dem standesgerichtlichen Entscheid fest.

Grundsätzlich hat die unterliegende Partei die Entschädigung für die Kosten der Untersuchung im Verhältnis des Unterliegens zu tragen. Das Standesgericht kann jedoch die Entschädigung für die Kosten der Untersuchung zwischen den Parteien nach freiem Ermessen aufteilen, wenn es dies unter Berücksichtigung des Einzelfalls als angemessen erachtet.

### **Art. 4 Kostentragung und Kostenhaftung**

Der Begriff Kosten des standesgerichtlichen Verfahrens umfasst die Standesgerichtsgebühr, die mit dem Standesverfahren notwendigen Auslagen der Standesrichter oder des Standesgerichts sowie weitere im Verlauf des Standesverfahrens anfallende notwendige, vom Standesgericht als angemessen betrachtete Kosten, insbesondere für Sachverständige oder Zeugen.

Das Standesgericht setzt die Kosten des standesgerichtlichen Verfahrens zusammen mit dem standesgerichtlichen Entscheid fest.

Grundsätzlich hat die unterliegende Partei die Kosten des standesgerichtlichen Verfahrens im Verhältnis des Unterliegens zu tragen. Das Standesgericht kann jedoch jede Art der Kosten zwischen den Parteien nach freiem Ermessen aufteilen, wenn es dies unter Berücksichtigung des Einzelfalls als angemessen erachtet; insbesondere wenn die obsiegende Partei das Verfahren leichtsinnig herbeiführt oder unnötig erschwert hat. Gleiches gilt für den Fall des Vergleiches, sofern die Parteien sich darüber nicht geeinigt haben.

Die Parteien haften solidarisch für verursachte Kosten des standesgerichtlichen Verfahrens.

#### **Art. 5 Parteientschädigung**

In Verfahren vor dem Standesgericht werden in der Regel keine Parteientschädigungen zugesprochen. Gleiches gilt für den Fall des Vergleiches, sofern die Parteien sich hierüber nicht geeinigt haben.

#### **Art. 6 Kosten des summarischen Verfahrens**

Die vorstehenden Bestimmungen dieses Honorar- und Kostenreglements gelten sinngemäss für das summarische Verfahren, soweit dieser Artikel nichts anderes bestimmt.

Die Kosten des summarischen Verfahrens sollen selbst bei ausserordentlich umfangreichem Aktenmaterial CHF 5'000.-- nicht überschreiten.

Die Begründung eines Urteils im summarischen Verfahren kostet unabhängig vom Zeitaufwand CHF 2'500.--. Diejenige Partei, die eine Begründung des Urteils gemäss Art. 49 der Verfahrensordnung verlangt, hat unabhängig von ihrem Unterliegen oder Obsiegen die Kosten für die Begründung zu bezahlen.

Die Kosten für das Rechtsmittelverfahren im summarischen Verfahren sollen CHF 5'000.-- nicht überschreiten.

Das Standesgericht kann nach eigenem Ermessen die Kosten des summarischen Verfahrens zusammen mit den Kosten für das Rechtsmittelverfahren im summarischen Verfahren zwischen den Parteien neu festsetzen, wenn es dies unter Berücksichtigung des Einzelfalls als angemessen erachtet.

#### **Art. 7 Inkrafttreten**

Dieses Honorar- und Kostenreglement tritt am 15. Mai 2009 in Kraft.